Wahlanalyse zu den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar 2003

Denkzettelwahlen in Hessen und Niedersachsen

Der erste Stimmungstest nach der Bundestagswahl hatte den Charakter einer Nachwahl. Die Wähler hatten der amtierenden Bundesregierung im letzten Herbst zwar eine 2. Chance gegeben, doch die SPD stand unter Bewährung. In den Augen der Wähler hat sie diese offenbar nicht bestanden. Die Kanzlerpartei wurde stellvertretend in beiden Ländern deutlich abgestraft - mit Verlusten von 14,5 Punkten in Niedersachsen und 10,3 Punkten in Hessen. Dabei richteten die Wähler im politischen Stammland des Kanzlers noch stärker ihre Wahlentscheidung nach der Bundespolitik aus (50 Prozent) als die Wähler in Hessen, die zu 44 Prozent mit Blick auf Berlin wählten. Bei den Wechslern von SPD zur CDU waren es in beiden Ländern sogar 65 Prozent.

Die Unzufriedenheit mit der 100-Tage-Bilanz der Bundesregierung, die einen entschlossenen Kurs bei den großen Zukunftsfragen der Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik vermissen ließ, war in Hessen (76 Prozent) und Niedersachsen (73 Prozent) gleichermaßen stark ausgeprägt. Wirtschaftspolitische Erwartungen und der Unmut über die Steuer- und Abgabenpolitik waren die wichtigsten Motive für das Votum der Parteiwechsler. Im Irak-Konflikt teilten zwar 6 von 10 Wählern Schröders Position, jedoch war diesmal daraus für die SPD kein politischer Gewinn zu ziehen. Eine bereits ausgespielte Karte sticht offensichtlich beim zweiten Mal nicht mehr. Auch Bundeskanzler Schröder hat stark an Popularität eingebüßt. Bei Hessen und auch bei Niedersachsen, die Schröder 1998 zum Kanzler kürten, überwog die Kritik an seiner Person (64 bzw. 66 Prozent). Folglich waren knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten in den beiden Ländern überzeugt, die Bundes-SPD habe einen Denkzettel verdient. Ebenso viele wollten eine starke CDU, um der Bundesregierung im Bundesrat Paroli bieten zu können.

Es ist zwar ein bekanntes Muster, dass in Wahlen unmittelbar nach der Bundestagswahl die Kanzlerpartei im Land Verluste hinnehmen muss, das Ausmaß dieser Denkzettelwahlen fällt jedoch aus dem üblichen Rahmen. Solche massiven Wählerabwendungen – festgemacht an den Verlusten gegenüber den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl in diesem Land - gab es für die amtierende SPD zwar schon einmal 1999, allerdings fanden diese Bewegungen in Berlin (-15,4) und den neuen Bundesländern (Sachsen -18,4, Thüringen – 16,0) statt, wo man dies auf die weniger fest gefügte Wählerbindung im Osten zurückführen konnte. Davor wurde die SPD zuletzt 1982 - ebenfalls in Niedersachsen - sehr deutlich abgestraft mit Verlusten von 10,4 Punkten. Vergleichbare Einbrüche bei der CDU/CSU waren zuletzt 1966 in Hessen (-11,4) zu registrieren.

In beiden Ländern ist die CDU, die die bundespolitische Karte geschickt zu spielen verstand, die klare Gewinnerin dieser Wahl. Aber auch Grüne und FDP konnten von der Niederlage der SPD profitieren. **Die FDP** kann ihre Wiederkehr als Funktionspartei feiern. Obwohl 80 Prozent bezweifeln, dass die FDP ihre Krise um Möllemann überwunden hat, gaben ihr viele ihre Stimme, die entweder die Mehrheit des bürgerlichen Lagers sichern bzw. eine Alleinregierung der CDU verhindern wollten. Selbst Mehrheiten der CDU-Anhänger favorisierten schwarz-gelb vor einer Alleinregierung ihrer Partei. In Niedersachsen wurde die FDP aus diesem Grund sogar 3.stärkste Partei. **Die Grünen** werden offensichtlich nicht in Mithaftung genommen für das schlechte Erscheinungsbild der SPD-geführten Bundesregierung. Sie haben ihre starke Position halten können und die Serie der Wahlniederlagen bei den letzten Landtagswahlen

durchbrochen. Insgesamt sind die Muster in beiden Ländern ähnlich, nur dass es in Hessen damit für eine absolute Mehrheit der CDU reichte, in Niedersachsen sie die CDU knapp verfehlte und einen Koalitionspartner braucht. Die SPD hat mit dieser Wahl ihre letzte Alleinregierung verloren.

In Niedersachsen geriet die SPD nach der Bundestagswahl in einen Abwärtssog. Lagen die Zufriedenheitswerte mit der Landesregierung im Juni 2002 noch bei 45 Prozent, sanken sie Anfang des Jahres auf 37, kurz vor der Wahl auf 34 Prozent. Vor der Bundestagswahl wurde ihr noch die größere Kompetenz bei der Lösung der Zukunftsprobleme des Landes (37 Prozent SPD, 30 Prozent CDU) zugeschrieben, kurz vor der Landtagswahl lag die CDU mit 47 zu 31 Punkten deutlich vorne. Selbst bei der sozialen Gerechtigkeit, der traditionellen Kernkompetenz der SPD ist der Abstand zur CDU innerhalb von 7 Monaten von 26 auf 7 Punkte geschrumpft. Mit den SPD-Werten sanken auch die Popularitätswerte von Sigmar Gabriel. Konnte er im Juni bei der Direktwahlfrage Christian Wulff noch mit 14 Punkten distanzieren, zog Wulff im Laufe des Wahlkampfs immer weiter an ihm vorbei (+11 Punkte). Da seine Bemühungen, sich gegen die Bundespolitik und Schröder zu positionieren, letztendlich nicht erfolgreich waren, konnte er daraus keinen Vorteil ziehen. Insgesamt schneidet aber die Landes-SPD bei den Wählern mit 41 Prozent deutlich besser ab als die Bundes-SPD (28 Prozent). Die Hoffnung vieler Niedersachsen richteten sich auf die CDU: anders als bei der Bundestagswahl traute ihr eine knappe Mehrheit zu, die Probleme des Landes besser lösen zu können. Christian Wulff erfuhr dieselbe positive Zuschreibung wie seine Partei, er galt am Ende des Wahlkampfs als der fachlich kompetentere und glaubwürdigere Kandidat. Die meisten CDU-Wähler (52 Prozent) wählten ihre Partei wegen des programmatischen Angebotes, 22 Prozent wegen Wulff und 21 Prozent wegen langfristiger Parteibindungen. SPD-Wähler waren stattdessen stärker durch ihre Parteibindung (35 Prozent) und die Person ihres Spitzenkandidaten (32 Prozent) zum Urnengang motiviert. Von den sozialdemokratischen Politikangeboten gingen diesmal nur vergleichsweise geringe Impulse für das SPD-Votum aus (28 Prozent).

In Hessen spielte die Landespolitik bei diesem Urnengang eine etwas größere Rolle. Die Bilanz der Regierung Koch fiel vor allem in der Wirtschaftspolitik (56 Prozent Zustimmung) und bei der Inneren Sicherheit (55 Prozent) positiv aus. Die Kompetenzzuschreibungen in den zentralen Ressorts Wirtschaft, Arbeit, Innere Sicherheit und Bildung gehen noch deutlicher als in Niedersachsen auf das Konto der CDU. In der Wirtschaftspolitik schreiben 64 Prozent der CDU die Kompetenzführerschaft zu. Roland Koch wird von den Hessen nicht geliebt, aber respektiert. Sein Herausforderer Gerhard Bökel galt als glaubwürdiger, ehrlicher und sympathischer, Koch dagegen als kompetenter, führungsstarker Macher. Wie in Niedersachsen war auch für jeden zweiten hessischen CDU-Wähler das Politikangebot der CDU ausschlaggebend für sein Votum, für 23 Prozent war es die Person Roland Koch, für 22 Prozent ihre Bindung an die CDU. Die SPD wählten die meisten aus langer Verbundenheit mit dieser Partei (42 Prozent), 32 Prozent wegen ihrer Lösungsvorschläge zu Sachfragen und knapp jeder Fünfte wegen ihres Spitzenkandidaten.

Wählerbewegungen

In beiden Ländern hat es bei dieser Wahl kräftige Veränderungen gegeben. In Hessen allerdings deutlich weniger als in Niedersachsen, wo sich die SPD bei der Landtagswahl im März 1998 mit der Kür von Gerhard Schröder zum Kanzlerkandidaten in einem Hoch befand, was jetzt zu einem besonders tiefen Sturz führte (Verluste von 14,5 Punkte). In Hessen dagegen hatte es im Februar 1999 bereits einen kräftigen ersten Dämpfer für die neue rot-grüne Bundesregierung gegeben, so dass die Verluste der

SPD (- 10,3 Punkte) etwas moderater ausfielen und durch leichte Zunahmen der Grünen (+ 2,6) noch kompensiert wurden.

Die Wanderungsbilanz von Infratest dimap im Rahmen der ARD-Wahlberichterstattung weist entsprechend für Hessen Wählerbewegungen in etwas geringerem Umfang auf als in Niedersachsen. Die Richtung der Wanderungsströme ist jedoch in beiden Ländern ähnlich verlaufen: Die SPD verliert an alle anderen Parteien sowie an die „Partei der Nichtwähler“, die CDU gewinnt vor allem von der SPD sowie durch Mobilisierung früherer Nichtwähler, muss aber per Saldo Wähler an die FDP abgeben.

In der Stärke der Bewegungen gibt es allerdings interessante Unterschiede. In Hessen verliert die SPD per Saldo an die CDU knapp 80.000 Wähler, an alle anderen Parteien rund 55.000; in Niedersachsen dagegen dominiert die Bewegung zwischen den beiden großen Parteien (mit rund 300.000) alle anderen Ströme. Die SPD-Verluste gegenüber den Grünen sind in Hessen (mit rund 40.000) um einiges größer als gegenüber den Liberalen. Trotz etwa konstanter Wahlbeteiligung hat die SPD in Hessen in Folge ungenügender Mobilisierung rund 140.000 Stimmen eingebüßt; in Niedersachsen bei stark gesunkener Beteiligung dagegen fast 300.000 Stimmen.

Von Interesse sind die Ursachen für das bemerkenswerte come-back der FDP in Niedersachsen. Sie hat ihre Stimmen in etwa der gleichen Größenordnung (jeweils rund 40.000) aus dem Lager der CDU und der SPD gewinnen können.

Wählerstrukturen

Die kräftigen Gewinne der CDU und die starken Verluste der SPD bei dieser Landtagswahl sind in sämtlichen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. In allen Wählergruppen liegt die Union eindeutig vor der SPD. Allerdings gibt es in der Heftigkeit des Pendelschlags einige bemerkenswerte Unterschiede.

Am auffälligsten ist die stärkere Differenzierung im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern. Dies hatte sich bereits bei der letzten Bundestagswahl gezeigt. Bei der Landtagswahl von 1999 hatten alle Parteien bei Frauen und Männern ähnlich starken Rückhalt zu verzeichnen. Diesmal hat Rot-Grün bei den Frauen deutlich besser abgeschnitten als bei den Männern. Der Vorsprung der Regierungsparteien vor der rot-grünen Opposition beträgt in Hessen bei den Männern rund 22, bei den Frauen rund 13 Punkte. In Niedersachsen liegen CDU und FDP bei den Männern um 20 Punkte, bei den Frauen um 10 Punkte vor rot-grün.

In allen Altersgruppen liegt die CDU in beiden Ländern deutlich vor der SPD; fast überall musste die SPD gegenüber 1999 zweistellige Verluste hinnehmen, allerdings mit bedeutsamen Unterschieden. Besonders heftig waren die Bewegungen zwischen SPD und CDU in Hessen bei den 35-45jährigen, in Niedersachsen bei den 25-45jährigen; bei den über 45jährigen fielen sie gemäßigter aus.

Die Grünen in Hessen haben in der Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren erheblich an Boden gewonnen (+6 Punkte) und ihren Stimmenanteil gegenüber 1999 verdoppeln können. Auch hat sich hier das Altersgefälle der Grünen-WählerInnen weitgehend nivelliert, mit Ausnahme der über 60jährigen, wo ihr Anteil knapp 5 Prozent beträgt.

Die Union hat die SPD auch in allen Bildungsgruppen als stärkste Partei abgelöst. Sie hat inzwischen bei den einfachen Leuten einen wesentlich stärkeren Rückhalt als die SPD. Bei Personen mit einfacher Schulbildung liegt der Abstand bei 14 Punkten in

Hessen und 10 Punkten in Niedersachsen, bei den mittleren Bildungsabschlüssen bei 22 bzw. 19 Prozent.

Die beiden kleinen Parteien dagegen erzielen bei WählerInnen mit Abitur ihre besten Ergebnisse und kommen hier zusammen auf fast 30 Prozent der Stimmen.

Die kräftigsten Verschiebungen gegenüber der letzten Landtagswahl von der SPD zur CDU sind in Hessen und Niedersachsen bei den Arbeitern und Angestellten zu registrieren, hier hat sich die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung offenbar am stärksten in Stimmzettel umgesetzt. Die Verluste der SPD in diesen beiden Gruppen liegen in Hessen bei 15 Punkten. In Niedersachsen fallen die Verluste bei den Arbeitern mit – 24 Punkten besonders hoch aus, bei den Angestellten sind es 17 Punkte.

Die CDU hat jetzt in allen Berufsgruppen einen Vorsprung vor der SPD. In Hessen beträgt der Vorsprung der CDU vor der SPD bei den Arbeitern rund 12 Punkte, in Niedersachsen 4 Punkte. Die Abwanderung der Arbeiterschaft zur CDU hatte sich bereits bei der letzten Bundestagswahl bemerkbar gemacht. Bei den Selbständigen und Landwirten, wo die CDU traditionell stark und die SPD schwach war, hat sich weniger verändert. Bemerkenswerterweise liegen die Grünen bei den Selbständigen und Freien Berufen etwa gleich auf mit den Liberalen, bei den Beamten erzielen sie ihre höchsten Werte.

Regionale Verschiebungen in Hessen

Die politische Landkarte Hessens wurde in weiten Teilen neu eingefärbt. Von den 55 Wahlkreisen hat die CDU immerhin 53 mit der Mehrheit der Erststimmen erobern können, 19 mehr als vor 4 Jahren. Lediglich zwei Wahlkreise (Kassel-Land II und Schwalm-Eder I, beide südlich von Kassel) blieben in SPD-Händen, und zwar beide mit deutlichem Vorsprung von mehr als 5 Punkten. In einigen von CDU-Bewerbern eroberten Wahlkreisen war deren Vorsprung sehr knapp, in Frankfurt/Main V z.B. lediglich 86, in Kassel-Land I nur etwas über 400 Stimmen.

In allen Regionen und allen großen Städten verfügt die CDU inzwischen über teilweise komfortable Mehrheiten. Auch in ihrer alten Hochburg Kassel können die Sozialdemokraten heute nur noch auf ein Drittel der Stimmen zählen. In drei Wahlkreisen erreicht die Union diesmal mehr als 60 Prozent der Zweitstimmen; Spitzenreiter ist Fulda II mit 68 Prozent. Ihr schwächstes Ergebnis (Frankfurt/Main V) liegt immer noch bei 33,7 Prozent. Die SPD kann lediglich in drei Wahlkreisen mehr als 40 Prozent der Zweitstimmen erringen.

Die genauere Inspektion der politischen Landschaft fördert beträchtliche regionale Unterschiede in der Stimmenentwicklung seit 1999 zu Tage. Nord- und Ost-Hessen zeigen starke CDU-Gewinne (zwischen 7 und 8 Punkten) und kräftige SPD-Verluste (zwischen 11 und 12 Punkten). Den Gegenpol bildet der Großraum Frankfurt mit einem CDU-Zuwachs von nur 3,1 Punkten. Die Stadt Frankfurt selbst hat einen mageren Gewinn von 0,7 Punkten für die CDU zu verzeichnen, Darmstadt nur 1,1 Punkte.

Insgesamt ist in Hessen das Stadt-Land-Gefälle bei den Veränderungsraten unverkennbar. In der Gesamtheit der Großstädte gab es für die CDU ein Plus von 1,8, für die SPD Einbußen von 8,4 Punkten. In den dünn besiedelten Gebieten andererseits lag der CDU-Gewinn bei 8,0, der SPD-Verlust bei 11, 3 Punkten.

Ein Zusammenhang zwischen SPD-Verlusten und geringerer Wahlbeteiligung ist in einzelnen Fällen feststellbar. So ist die Beteiligung in alten SPD-Hochburgen um 3,2 Punkte zurückgegangen (Landestrend -1,8), die SPD hat hier 11,8 Punkte verloren. Doch ist der Zusammenhang keineswegs durchgängig. Von den beiden Wahlkreisen mit den höchsten SPD-Verlusten (-13,7 Punkte) hat der eine (Main-Kinzig III) einen Anstieg der Wahlbeteiligung um 2,9 Punkte zu verzeichnen, der andere (Kassel-Land I) einen Rückgang von 4,8 Punkten.

Die Grünen haben in zwei Städten besondere Erfolge zu verbuchen: In Kassel (+5,7) und in Darmstadt (+4,6); in beiden Fällen lagen die SPD-Verluste über dem Durchschnitt. Die Liberalen haben vor allem im Umland von Frankfurt (Main-Taunus und Hochtaunus) reüssiert, mit Zuwächsen von deutlich über 3 Punkten.

Erst- und Zweitstimmen in Hessen

Bei allen Parteien klafft das Ergebnis für die Erst- und die Zweitstimmen stärker auseinander als bei der letzten Wahl. SPD und CDU weisen mit 4,0 und 3,2 Punkten einen ungewöhnlich starken Erststimmen-Überhang auf. Er ist zum Teil mit relativ vielen Leihstimmen zugunsten von Grünen und FDP zu erklären, die bei den Zweitstimmen ein Plus von 1,6 bzw. 2,4 Punkten gegenüber den Erststimmen aufweisen. Daneben schlagen aber auch die Erststimmen der sonstigen Parteien und Randgruppen zu Buche, die in Hessen in großem Umfang keine Direktkandidaten aufgestellt hatten, wodurch insgesamt 3,1 Prozent Erststimmen sozusagen zur freien Verfügung der anderen, vornehmlich der großen Parteien standen.

Die getrennte Stimmabgabe weist auffällige regionale Unterschiede auf. Besonders ausgeprägt ist das Stimmen-Splitting in den Großstädten, mit Spitzenwerten in Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden, wo beide kleinen Parteien einen Zweitstimmen-Überhang von mehr 3 Punkten aufweisen und die SPD bei den Erststimmen um mehr als 5 Punkte vor den Zweitstimmen liegt.

Natürlich wird die Erststimme auch genutzt, um besonders prominente oder populäre BewerberInnen zusätzlich zu stärken. An der Spitze liegt bei der CDU Ministerpräsident Roland Koch, der fast 62 Prozent der Erststimmen auf sich bündelte und damit das Zweitstimmen-Resultat der CDU in seinem Wahlkreis (Main-Taunus I) um 9,7 Punkte übertraf; vor vier Jahren hatte sein Erststimmen-Plus bei 5 Punkten gelegen.

Regionale Verschiebungen in Niedersachsen

Die Verluste der SPD in Niedersachsen verdienen durchaus das Attribut „erdrutschartig“, zumal sie das ganze Land und alle Schichten erfassten. Daraus folgte ein umfassender Wechsel der direkt gewonnenen Mandate. In nicht weniger als 91 der insgesamt 100 Wahlkreise hatte die CDU diesmal die Nase vorn; vor 5 Jahren hatte sie lediglich 16, die SPD dagegen 84 Mandate direkt gewonnen. In einigen Fällen war das Rennen allerdings sehr knapp. In 8 Wahlkreisen betrug der CDU-Vorsprung bei den Erststimmen weniger als zwei Punkte; in 3 Wahlkreisen hat die SPD einen Vorsprung von weniger als 2 Punkten (und weniger als 500 Stimmen) behaupten können.

Weil in Niedersachsen bei insgesamt 155 Landtagssitzen die 91 CDU-Mandate einen größeren Anteil ausmachen, als der Union aufgrund ihres Zweitstimmen-Anteils zustehen, musste die Diskrepanz durch eine ungewöhnlich hohe Zahl von 14 Überhangmandaten für die CDU (und entsprechend 14 Ausgleichsmandaten für die

anderen Parteien) beseitigt werden. Das Parlament in Hannover hat diesmal nicht weniger als 183 Sitze; 1998 waren es 157, vier Jahre zuvor 161 Sitze gewesen. (In Hessen treten Überhangmandate normaler Weise und auch bei dieser Wahl nicht auf, weil die 110 Landtagssitze zur Hälfte durch Direktmandate, zur Hälfte über die Landesliste besetzt werden.)

In 6 Wahlkreisen hat die CDU mehr als zwei Drittel der Zweitstimmen erringen können. Es sind vornehmlich katholische Gebiete um Vechta-Cloppenburg und an der niederländischen Grenze. Der Vorsprung vor der SPD ist hier mit 50 oder mehr Punkten erdrückend. Dagegen konnte die SPD diesmal nur in einem einzigen Wahlkreis (Emden) mehr als 50 % der Wähler für sich gewinnen; vor 5 Jahren war ihr das noch in 45 Wahlkreisen gelungen. In allen Regionen und in allen Großstädten liegt die Union heute vor den Sozialdemokraten. An geringsten ist der Abstand zwischen den beiden großen Parteien noch im Raum Friesland (SPD-Rückstand von 2,5 Punkten) sowie in Braunschweig und Hannover (Rückstand von 2 bzw. 3 Punkten).

Nicht zuletzt im Vergleich mit Hessen, wo es starke Unterschiede in der Stimmenentwicklung seit der letzten Landtagswahl zu beobachten gibt, fällt in Niedersachsen die Einheitlichkeit der Trends auf. Angesichts der großen Veränderungsraten bei SPD und CDU fallen die Abweichungen vom Landestrend kaum ins Gewicht. In den vier Regierungsbezirken hat die SPD zwischen 13 und 15 Punkten verloren, die CDU zwischen 10 und 14 Punkten gewonnen. Ähnliches gilt für einzelne Regionen und Teilräume. Den vergleichsweise geringsten Pendelschlag hat es im Raum Braunschweig gegeben (CDU + 9,4, SPD -12,7 Punkte), am stärksten waren die Veränderungen im Hamburger Umland (+16,6 und -17,0 Punkt). In dieses Muster passen auch die Wahlkreise mit dem größten und dem geringsten CDU-Gewinn: auf der einen Seite Seevetal südlich von Hamburg (+16,9 Punkte), auf der anderen Seite Goslar (+4,7 Punkte).

Als generelles Muster lässt sich lediglich das etwas schlechtere Abschneiden der CDU in allen Großstädten erkennen (Gewinne zwischen 8 und 10 Punkten). Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind jedoch wesentlich weniger markant als in Hessen.

Auch die Wahlbeteiligung ist in Niedersachsen in allen Landesteilen in etwa dem gleichen Umfang zurückgegangen. Ein durchgängiger Zusammenhang mit der Höhe der SPD-Verluste ist kaum auszumachen.

Erst- und Zweitstimmen in Niedersachsen

Die getrennte Stimmabgabe mit Erst- und Zweitstimme wurde diesmal in Niedersachsen wesentlich häufiger praktiziert als bei früheren Landtagswahlen. Der Erststimmen-Überhang beträgt bei der CDU 3,9, bei der SPD 2,9 Punkte; entsprechend liegt das Zweitstimmen-Plus für die FDP bei 3,7, für die Grünen bei 1,8 Punkten). Das Niveau des Stimmen-Splittings hat sich dem in Hessen angenähert; bei früheren Wahlen lag es deutlich darunter.

Das Stimmen-Splitting ist in den Großstädten wesentlich häufiger zu beobachten als im Land Niedersachsen insgesamt, im ländlichen Raum wesentlich seltener. Es fällt auf, dass in Braunschweig offenbar besonders häufig zwischen CDU und FDP gesplittet wird (Erststimmen-Plus von 6,6 und Erststimmen-Minus von 5,8 Punkten) in Hannover verstärkt zwischen SPD und Grünen (Plus von 5,8 und Minus von 4,6 Punkten).

Von der Möglichkeit des Stimmen-Splittings profitieren natürlich auch prominente oder populäre DirektbewerberInnen. Auch hier liegen die beiden Spitzenkandidaten im Wettstreit; auch hier hat Christian Wulff die Nase vorn. In seinem Wahlkreis (Osnabrück West) erreichte er mit einem persönlichen Plus von 9,0 Punkten den Spitzenwert in seiner Partei. Sigmar Gabriel lag in Goslar bei den Erststimmen um 6,6 Punkte vor den Zweitstimmen – Platz 4 auf der SPD-Hitliste.

Landtagswahl Hessen am 2.2.2003
Wählerwanderung LTW 1999 -> LTW 2003

Wählerstromkonto der CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	96.000	19.000	77.000
GRÜNE	8.000	8.000	0
FDP	35.000	63.000	-28.000
Andere	32.000	8.000	24.000
Summe über Parteien	171.000	98.000	73.000
Nichtwähler	198.000	158.000	40.000
Erstwähler/ Verstorbene	55.000	84.000	-29.000
Zu-/ Fortgezogene	74.000	41.000	33.000
Wählerströme insgesamt	498.000	381.000	117.000
Wählerstamm	835.000	835.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	1.333.000	1.216.000	117.000

Wählerstromkonto der SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	19.000	96.000	-77.000
GRÜNE	25.000	63.000	-38.000
FDP	6.000	19.000	-13.000
Andere	7.000	12.000	-5.000
Summe über Parteien	57.000	190.000	-133.000
Nichtwähler	92.000	233.000	-141.000
Erstwähler/ Verstorbene	21.000	67.000	-46.000
Zu-/ Fortgezogene	54.000	40.000	14.000
Wählerströme insgesamt	224.000	530.000	-306.000
Wählerstamm	573.000	573.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	797.000	1.103.000	-306.000

Quelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung

Datum: 02.02.2003
Uhrzeit: 23:37

Landtagswahl Hessen am 2.2.2003
Wählerwanderung LTW 1999 -> LTW 2003

Wählerstromkonto der GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	8.000	8.000	0
SPD	63.000	25.000	38.000
FDP	3.000	2.000	1.000
Andere	4.000	6.000	-2.000
Summe über Parteien	78.000	41.000	37.000
Nichtwähler	39.000	38.000	1.000
Erstwähler/ Verstorbene	18.000	5.000	13.000
Zu-/ Fortgezogene	36.000	11.000	25.000
Wählerströme insgesamt	171.000	95.000	76.000
Wählerstamm	106.000	106.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	277.000	201.000	76.000

Wählerstromkonto der FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	63.000	35.000	28.000
SPD	19.000	6.000	13.000
GRÜNE	2.000	3.000	-1.000
Andere	5.000	2.000	3.000
Summe über Parteien	89.000	46.000	43.000
Nichtwähler	35.000	19.000	16.000
Erstwähler/ Verstorbene	7.000	8.000	-1.000
Zu-/ Fortgezogene	20.000	6.000	14.000
Wählerströme insgesamt	151.000	79.000	72.000
Wählerstamm	65.000	65.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	216.000	144.000	72.000

Quelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung

Datum: 02.02.2003
Uhrzeit: 23:37

Landtagswahl Niedersachsen am 2.2.2003
Wählerwanderung LTW 1998 -> LTW 2003

Wählerstromkonto der SPD

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
CDU	17.000	322.000	-305.000
GRÜNE	47.000	64.000	-17.000
FDP	6.000	43.000	-37.000
Andere	23.000	11.000	12.000
Summe über Parteien	93.000	440.000	-347.000
Nichtwähler	88.000	382.000	-294.000
Erstwähler/ Verstorbene	53.000	140.000	-87.000
Zu-/ Fortgezogene	124.000	132.000	-8.000
Wählerströme insgesamt	358.000	1.094.000	-736.000
Wählerstamm	974.000	974.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	1.332.000	2.068.000	-736.000

Wählerstromkonto der CDU

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	322.000	17.000	305.000
GRÜNE	29.000	4.000	25.000
FDP	63.000	102.000	-39.000
Andere	25.000	3.000	22.000
Summe über Parteien	439.000	126.000	313.000
Nichtwähler	172.000	144.000	28.000
Erstwähler/ Verstorbene	88.000	134.000	-46.000
Zu-/ Fortgezogene	169.000	89.000	80.000
Wählerströme insgesamt	868.000	493.000	375.000
Wählerstamm	1.057.000	1.057.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	1.925.000	1.550.000	375.000

Quelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung

Datum: 02.02.2003
Uhrzeit: 23:07

Landtagswahl Niedersachsen am 2.2.2003
Wählerwanderung LTW 1998 -> LTW 2003

Wählerstromkonto der GRÜNE

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	64.000	47.000	17.000
CDU	4.000	29.000	-25.000
FDP	2.000	11.000	-9.000
Andere	6.000	5.000	1.000
Summe über Parteien	76.000	92.000	-16.000
Nichtwähler	13.000	32.000	-19.000
Erstwähler/ Verstorbene	24.000	8.000	16.000
Zu-/ Fortgezogene	46.000	26.000	20.000
Wählerströme insgesamt	159.000	158.000	1.000
Wählerstamm	146.000	146.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	305.000	304.000	1.000

Wählerstromkonto der FDP

	Zustrom	Abstrom	Saldo
Austausch mit ...			
SPD	43.000	6.000	37.000
CDU	102.000	63.000	39.000
GRÜNE	11.000	2.000	9.000
Andere	8.000	2.000	6.000
Summe über Parteien	164.000	73.000	91.000
Nichtwähler	27.000	20.000	7.000
Erstwähler/ Verstorbene	18.000	16.000	2.000
Zu-/ Fortgezogene	28.000	13.000	15.000
Wählerströme insgesamt	237.000	122.000	115.000
Wählerstamm	88.000	88.000	
Wählerstimmen 2003 und 99	325.000	210.000	115.000

Quelle: Infratest dimap Wahlberichterstattung

Datum: 02.02.2003
Uhrzeit: 23:07

Landtagswahl Niedersachsen 2003:
Wahlentscheidende Themen in Wählergruppen

Angaben in % (Mehrfachnennungen)	Alle	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Wechsler von SPD zu CDU	Wechsler von SPD zu GRÜNEN
Wirtschaftspolitik	43	28	56	17	59	54	22
Ausländerpolitik	12	12	10	17	7	10	16
Arbeitsmarktpolitik	29	22	35	14	30	37	18
Innere Sicherheit, Kriminalität	12	12	13	5	9	9	4
Umweltpolitik	12	16	3	62	3	3	47
Steuern und Abgaben	22	8	32	9	34	40	12
Soziale Gerechtigkeit	28	45	16	41	17	15	39
Schul-, Bildungspolitik	20	22	19	25	21	21	25
Landespolitik	43	55	35	48	37	31	48
Bundespolitik	50	37	57	47	57	63	48

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

Quelle: ARD/ Infratest dimap Wahltagsbefragung 2003

Landtagswahl Hessen 2003:
Wahlentscheidende Themen in Wählergruppen

Angaben in % (Mehrfachnennungen)	Alle	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Wechsler von SPD zu CDU	Wechsler von SPD zu GRÜNEN
Wirtschaftspolitik	43	60	22	16	63	57	23
Ausländerpolitik	18	17	19	23	10	16	22
Arbeitsmarktpolitik	25	31	20	10	31	38	13
Innere Sicherheit, Kriminalität	15	20	12	5	13	12	4
Umweltpolitik	16	5	19	69	4	4	61
Steuern und Abgaben	22	31	8	7	35	43	13
Soziale Gerechtigkeit	29	15	50	46	14	14	42
Schul-, Bildungspolitik	21	21	19	21	25	18	17
Landespolitik	46	41	55	49	48	30	50
Bundespolitik	45	49	36	44	47	64	46

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

Quelle: ARD/ Infratest dimap Wahltagsbefragung 2003

Infratest dimap
Gesellschaft für Trend- und Wahlforschung
Moosdorfstraße 7-9
12435 Berlin
Tel.: 030 / 533 22 110